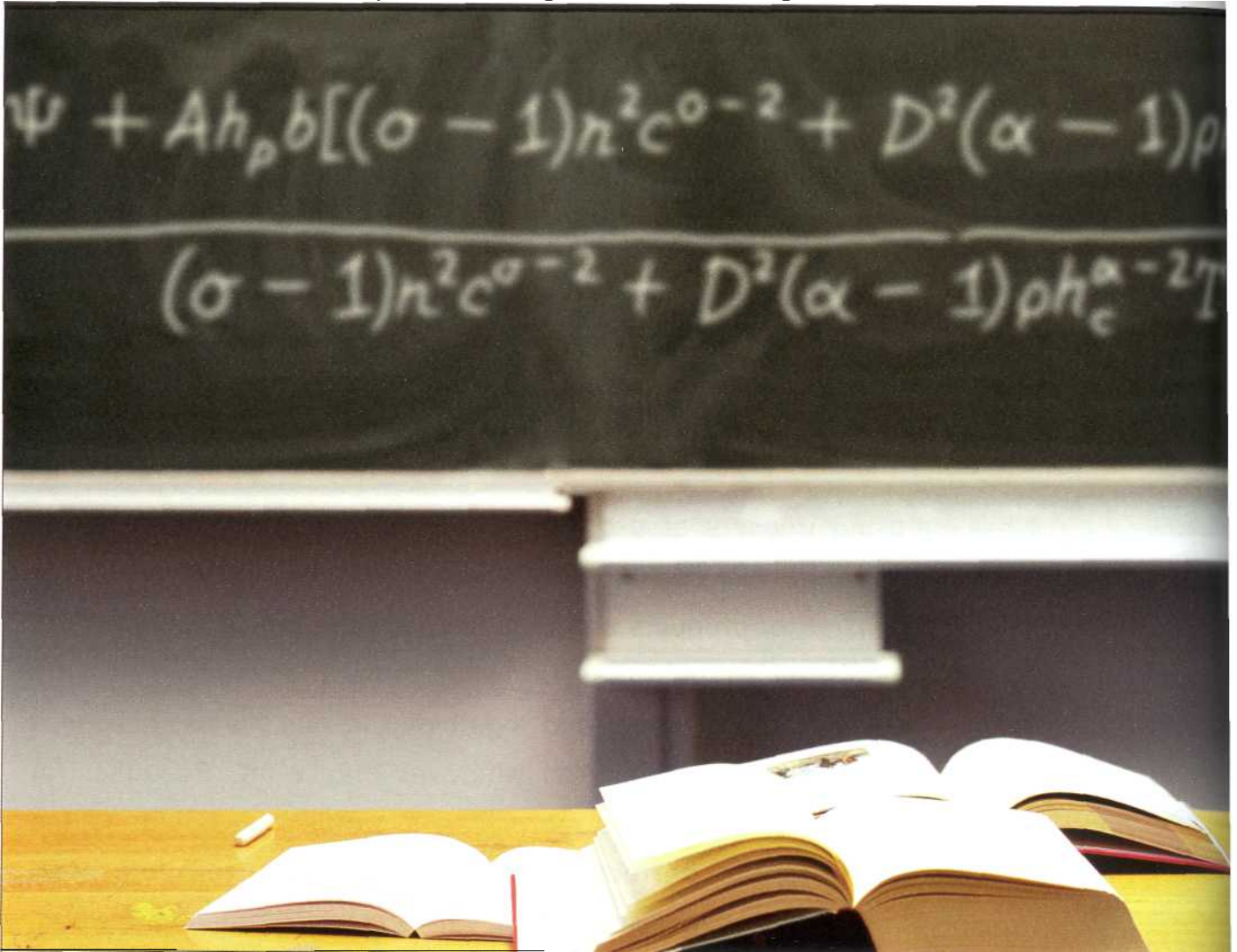


Politik+Weltwirtschaft Deutschlands **Wirtschaftsforscher** setzen verstärkt auf **mathe-** matische Methoden und Spezialisierung. Der Praxisbezug bleibt zuweilen auf der Strecke.



Thema mit Variationen

Axel Ockenfels hat die Lösung gefunden - für sich. Der 37-jährige Wirtschaftsprofessor an der Universität in Köln kann sich endlich auf die Forschung konzentrieren. Der Star unter den deutschen Nachwuchsökonomern, der im WirtschaftsWoche-Ranking der besten deutschen Ökonomen unter 40 Jahren im vergangenen Jahr als Sieger hervorging (WirtschaftsWoche 14/2005), hat sich für dieses Semester von seinen Lehrverpflichtungen an der Universität freigekauft.

Finanziert hat Ockenfels das mit den 1,55 Millionen Euro, die er im vergangenen Jahr mit dem Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft erhielt. Ockenfels heuerte kurzerhand einen Ersatzprofessor an, der für ihn die Vorlesungen an der Uni hält. „Ich will erstklassig forschen, und das kostet viel Zeit“, begründet Ockenfels seinen ungewöhnlichen Schritt (siehe Interview Seite 36).

Wie Ockenfels suchen auch andere deutsche Nachwuchsökonomern den An-

schluss an die internationale Spitzenforschung. Vorlesungen vor überfüllten Hörsälen, Korrekturen von Klausuren und lästige Verwaltungsarbeit halten da nur auf. Wer heutzutage international als Forscher anerkannt sein will, muss die Ergebnisse seiner Studien in hochklassigen Fachzeitschriften publizieren.

Doch nicht jede Studie wird von den Herausgebern der vorwiegend im angelsächsischen Bereich angesiedelten illustren Journale angenommen. Nur wer mit den neuesten Theorien und mathematisch aus-

gefeilten, empirischen Methoden aufwarten kann, hat eine Chance, sich in dem langwierigen und harten Auswahlverfahren durchzusetzen.

Profunde Kenntnisse der Mathematik sind da unerlässlich. Im Rennen um Publikationen in den erstklassigen wissenschaftlichen Zeitschriften haben sich die jungen deutschen Wirtschaftsforscher in den vergangenen Jahren darauf konzentriert, immer kompliziertere Modelle zu entwickeln und sich auf Forschungsnischen zu spezialisieren.

Aber selbst den Experten fällt es mittlerweile schwer, angesichts der zunehmenden Anwendung mathematischer Methoden den Überblick über die wirtschaftstheoretische Forschung zu behalten. „Die Ökonomie ist inzwischen mathematischer als die Physik“, stöhnt Alan Blinder, Professor an der US-Eliteuni Princeton. Für Ronald Coase, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften 1991, ist die Ökonomie degradiert zu „einem theoretischen System, das in der Luft schwebt und kaum Bezug zu dem hat, was in der realen Welt geschieht“.

Dass die Mathematik in der Ökonomie Eingang gefunden hat, ist vor allem den Studien des französischen Ökonomen Leon Walras (1834 bis 1910) zu verdanken. Mit seiner grundlegenden Arbeit zur allgemeinen Gleichgewichtstheorie aus dem Jahr 1874 verfolgte Walras ausdrücklich das Ziel, die Wirtschaftstheorie zu einer „naturwissenschaftlich-mathematischen Disziplin wie die Mechanik oder die Hydrodynamik“ zu entwickeln.

Den Durchbruch der Mathematik in der Ökonomie besorgten dann die späteren Nobelpreisträger Paul Samuelson, Gerard Debreu und Kenneth Arrow nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute gelten in jeder Fachzeitschrift, die etwas auf sich hält, ausführliche mathematische Beweisführungen als unentbehrlicher Ausweis wissenschaftlicher Güte. So müssen sich die Leser des „American Economic Review“, der weltweit führenden ökonomischen Fachzeitschrift, auf rund der Hälfte der Seiten durch mathematischen Formelsalat durchbeißen. Zum Vergleich: 1940 waren lediglich drei Prozent der Seiten des Renommierjournals mit mathematischen Formeln gefüllt.

Während angelsächsische Wissenschaftler in den Nachkriegsjahrzehnten die Anwendung der Mathematik auf die Ökonomie perfektionierten und neue Modelle und Theorien entwickelten, dominierte in Deutschland die eher ideologisch geprägte Diskussion um ordnungspolitische Zusammenhänge. Die im Ausland entwickelten Methoden und Modelle fanden in der deutschen Wissenschaft oft erst mit Jahren Verspätung Verbreitung. Von wenigen Ausnahmen wie der Spieltheorie und der experimentellen Wirtschaftsforschung abgesehen gerieten die deutschen Forscher international ins Abseits.

In den vergangenen Jahren aber hat ein Generationswechsel an den deutschen Universitäten stattgefunden. Die meisten der jungen Ökonomen, die an die Lehrstühle berufen wurden, haben ihre Ausbildung an US-Universitäten absolviert und sind mit den neuesten formalen Forschungsmethoden bestens vertraut.

Die deutschen Universitäten haben ihre Ansprüche an den wissenschaftlichen Nachwuchs in den vergangenen Jahren denn auch deutlich gesteigert. Wer heute einen der begehrten Lehrstühle an einer renommierten Universität ergattern will, muss möglichst viele Publikationen in den renommierten internationalen Fachzeitschriften vorweisen. Und da konnten vor allem die Forscher reüssieren, die mathematisch-formale Analysemethoden anzuwenden wissen.

Das Vordringen dieser Richtung ging einher mit der Abkehr von der tradierten deutschen Ordnungspolitik. Anders als ihre eher ideologisch geprägten Vorgänger verstehen sich die meisten Jungökonomien als Agnostiker. „Wir versuchen lieber, für konkrete wirtschaftliche Problemstellungen möglichst gute Lösungen zu finden“, beschreibt Ockenfels den Ansatz seiner Generation. Der 40-jährige Frankfurter Wirtschaftspräsident Volker Wieland sieht in der traditionellen nationalökonomischen Ordnungspolitik auch „eher eine Philosophie als eine wissenschaftliche Analyse“.

Anstatt scholastisch Marktgesetze herunterzubeten, setzt Wieland lieber auf mathematische Modelle und statistische Methoden, um neue Erkenntnisse zu gewinnen. „Die Mathematik erlaubt es uns, komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge »

Der Publikationsdruck hat zugenommen

strukturiert darzustellen und überprüfbare Hypothesen abzuleiten", verteidigt er den zunehmenden Formalismus in der Ökonomie.

Doch Wieland und Ockenfels sind Ausnahmetalente unter Deutschlandsjungökonomien. Anders als viele ihrer Zunft, die sich im wissenschaftlichen Elfenbeinturm von der Realität abschotten, suchen sie den Brückenschlag von der Theorie zur Praxis. So hat Wieland mit seinen Arbeiten über die Geld- und Währungspolitik maßgeblich die geldpolitische Strategie der Europäischen Zentralbank (EZB) beeinflusst.

Auf die praktische Relevanz seiner

Studien legt auch Ockenfels großen Wert. In seinem Labor für experimentelle Wirtschaftsforschung überprüft er, ob die komplexen mathematischen Modelle etwa über das Verhalten von Menschen bei Verhandlungen oder Auktionen der Realität standhalten. Dazu lässt er Studenten an Computern Verhandlungssituationen simulieren. Die Ergebnisse seiner Arbeit stoßen in der Praxis auf große Resonanz. So sicherte sich der Spieltheoretiker einen Beratungsauftrag des Internetauktionshauses Ebay, für das er die Versteigerungsregeln optimierte.

In die wirtschaftspolitische Beratung zieht es dagegen den 37-jährigen Experten für Geldpolitik, Jens Weidmann: Der derzeitige Leiter der Abteilung Geldpolitik und monetäre Analysen bei der Deutschen Bundesbank wird neuer wirtschaftspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Weidmann, der von 1999 bis 2003 schon Generalsekretär des Sachverständigenrats war, gilt in der Bundesbank als einer der kreativsten Köpfe. Wie die meisten Ökonomen seiner Generation ist er ein un-

dogmatischer Empiriker, der sich weniger auf ordnungspolitische Lehren als auf statistische Daten stützt, bevor er wirtschaftspolitische Empfehlungen gibt. So ist es nicht zuletzt Weidmann zu verdanken, dass sich der Sachverständigenrat in seinen Jahresgutachten nun stärker als früher auf empirische Analysen stützt. „Weidmann ist in der Lage, komplexe wissenschaftliche Sachverhalte einfach zu erklären und in wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen zu übersetzen“, heißt es bei der Bundesbank.

Eine Fähigkeit, die viele andere Nachwuchsforscher noch vermissen lassen. „In Deutschland gibt es noch immer zu wenige Ökonomen, die wissenschaftlich seriös arbeiten und zugleich wirtschaftspolitisch aktiv beraten“, moniert Ockenfels. Dazu trägt sicherlich auch bei, dass Ökonomen, die sich in die Niederungen der Politikberatung begeben, bei ihren Kollegen schnell als wissenschaftlich unseriös gelten. „Das ist in den USA völlig anders, dort mischen selbst Nobelpreisträger in der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion mit“, kritisiert der Wirtschaftsweisen und Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Wolfgang Franz, den Dünkel vieler Kollegen.

Wirtschaftspolitische Empfehlungen

müssen allerdings die ökonomischen Zusammenhänge berücksichtigen. Hier sieht der Chef des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Gustav Hörn, noch ein erhebliches Erkenntnisdefizit seiner jungen Kollegen. Weil das Pendel in der Forschung in den vergangenen Jahren zu weit in Richtung Spezialisierung ausgeschlagen habe, lassen viele junge Wissenschaftler Hörn zufolge den Blick über den eigenen Tellerrand vermissen.

Daher mangle es dem Nachwuchs häufig an der Fähigkeit, „einen Gesamtentwurf zu präsentieren, der die Folgen ihrer Ergebnisse für andere Politikbereiche im Auge behält“, kritisiert Hörn. Auch ZEW-Chef Wolfgang Franz sieht in der zum Teil extremen Spezialisierung einen großen Nachteil: „Manche junge Ökonomen sind auf ein einziges Thema fixiert, das sie dann immer wieder mit kleinsten Variationen bearbeiten.“ Hinzu kommt, dass es nur wenigen Ökonomen gelingt, ihre Forschungsergebnisse in einer für Politiker und Praktiker verständlichen Form darzustellen.

Auch die staatlichen Wirtschaftsforschungsinstitute wie das Kieler Institut für »



Ökonom Weidmann Bald wirtschaftspolitische Ratschläge für Bundeskanzlerin Merkel

Der Unterschied fällt ins Auge: Während in Deutschland gerade eine Hand voll wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute existiert, deren Finanzierung zu einem erheblichen Anteil vom Staat abhängt, gibt es in den **USA** eine kaum übersehbare Zahl unterschiedlicher Think Tanks, die finanziell vom Staat unabhängig sind. Darunter finden sich so renommierte wie die Washingtoner Brookings Institution oder das Conference Board in New York, Anders als die Universitäten in den USA orientieren sich die Think Tanks meist stark an aktuellen wirtschaftlichen Problemen. „Wir bemühen uns, konkrete Vorschläge zur Lösung realer Probleme zu machen“, sagt Diana Furchtgott-Roth, Arbeitsmarktexpertin beim Hudson Institute in Washington.

In **Großbritannien** spielt sich die wissenschaftliche Politikberatung „vor allem hinter der Bühne ab“, sagt Romesh Vaitilingam, der als unabhängiger Berater für zahlreiche Forschungsinstitute arbeitet. „Wissenschaftler gehen in Westminster und Whitehall ein und aus.“ Außerdem gibt es keine klare Trennung zwischen



Brookings Institution in Washington
Finanziell vom Staat unabhängige Beratung

verwaltet. Der Conseil d'Analyse Economique, der in etwa dem deutschen Sachverständigenrat entspricht, ist direkt dem Premierminister zugeordnet. Noch abhängiger ist die wirtschaftspolitische Beratung in **Japan**. Eine wichtige Rolle spielt das Economic and Social Research Institute (ESRI) in Tokio, das direkt der Regierung zuarbeitet. Daneben unterhalten fast alle großen Unternehmen eigene Forschungsbereiche. Die bekanntesten sind die Ableger von Nomura, Mi-

Weltwirtschaft (IfW) oder das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) stehen unter dem Druck, sich stärker an der akademischen Spitzenforschung zu orientieren und in den einschlägigen Fachzeitschriften zu publizieren. Die wirtschaftspolitische Beratung - bisher die wichtigste Aufgabe der Institute - wird in der Fachwelt kaum noch honoriert.

Die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die die Leistung dieser Institute bewertet und dadurch deren Ausstattung mit öffentlichen Geldern bestimmt, drängt sie, mehr Aufsätze in wissenschaftlichen Fachzeitschriften zu veröffentlichen.

Natürlich muss Politikberatung auf solidem wissenschaftlichen Fundament stehen. Weil sie Einfluss auf politische Entscheidungen hat, „darf sie keineswegs auf zweitklassiger Forschung und Empirie beruhen“, sagt DIW-Forschungsdirektor Gert Wagner. Treiben die Institute die Akademisierung allerdings zu weit, könnten sie ihre Existenzberechtigung infrage stellen. „Wenn sich die Arbeit der staatlichen Institute kaum noch von der an Universitätslehrstühlen unterscheidet, verlieren die Institute ihre Funktion als Scharnier zwischen Theorie und Praxis und damit ihre Legitimation“, sagt Klaus-Werner Schatz, Büroleiter des von Unternehmen und Verbänden finanzierten Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Berlin.

An den Instituten hat der zunehmende Publikationsdruck vor allem bei den älteren Mitarbeitern für Frust gesorgt, weil sich dort eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft entwickelt hat. Um die Publikationsvorgaben der Leibniz-Gemeinschaft zu erfüllen, heuern die Institute nämlich verstärkt junge Ökonomen von den Universitäten an, die mit ihrem modernen Methodenwissen den Publikationsausstoß erhöhen sollen. Für die älteren Kollegen, die den Anschluss an die mathematisierte Spitzenforschung verloren haben, bleibt dann nur noch die Arbeit an Gutachten für Ministerien und andere öffentliche Auftraggeber, die ihnen keine wissenschaftlichen Meriten bringen.

Mit der zunehmenden Akademisierung aber graben sich die Institute selbst das Wasser ab. „Wenn sie sich aus der wirtschaftspolitischen Beratung zurückziehen, werden private Consulting-Unternehmen diese Aufgabe übernehmen“, fürchtet ZEW-Chef Franz. Was nicht unbedingt die Qualität der Politikberatung - und der staatlichen Wirtschaftspolitik - steigert. » malte.fischer@wiwo.de

Kein Nobelpreis"

universitärer und außeruniversitärer Forschung. Das Londoner Centre for Economic Policy Research (CEPR) zum Beispiel beschäftigt unmittelbar nur rund 20 Mitarbeiter, die Forschungsarbeit jedoch wird von einem Netzwerk von rund 600 Wissenschaftlern erbracht. Ähnlich ist das einflussreiche Institute for Fiscal Studies (IFS) mit dem University College of London verbandelt; das Centre for Economic Performance (CEP) gehört zur London School of Economics. In **Frankreich** dominieren mathematische Methoden die Wirtschaftsforschung - so sehr wie in keinem anderen Land, sagt der Ökonom Gabriel Colletis von der Universität Toulouse. Großen Einfluss hat dabei das staatliche Forschungsinstitut Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS), das multidisziplinär aufgebaut ist und mit 26 000 Mitarbeitern ein Jahresbudget von 2,2 Milliarden Euro

tsubishi, Mitsui, Fujitsu und Daiwa. Deren Forschung besteht vor allem aus Auftragsarbeiten für ihre Konzerne. „Wir machen uns keine Hoffnungen auf einen Nobelpreis“, bekennt Takeshi Naruse vom Daiwa-Forschungsinstitut freimütig. In **Brüssel**, wo 20 000 Kommissionsbeamte fleißig Gesetze und Richtlinien schreiben, ist der Bedarf an Politikberatung besonders groß. Deshalb haben Frankreich und Deutschland einen eigenen Think Tank gegründet. Mittlerweile finanzieren weitere elf EU-Mitglieder das unter dem Namen Bruegel (Brüssels European and Global Economic Laboratory) firmierende Institut. Beteiligt sind an Bruegel des Weiteren 23 Unternehmen von der Deutschen Telekom bis Renault, die jeweils 50 000 Euro Mitgliedsbeitrag im Jahr zahlen.

rolf.ackermann@wiwo.de, Steffi augter,
gerhard bläske | Paris, andreas henry | New York,
angela köhler | Tokio, Silke wettach | Brüssel

Politik+Weltwirtschaft | **Wirtschaftsforscher** Der Kölner Ökonom **Axel Ockenfels** über die Stärken und Schwächen der deutschen Wirtschaftswissenschaft.

Herr Professor Ockenfels, die amerikanischen Ökonomen dominieren weltweit die Wirtschaftsforschung, woran hapert es bei den Deutschen?

Die Trennung von Theorie und Anwendung ist bei uns noch immer zu strikt. Zum Beispiel gibt es in der Energiepolitik in Deutschland nur wenige Ökonomen, die sowohl wissenschaftlich als seriös gelten als auch in der wirtschaftspolitischen Beratung aktiv sind. Dabei brauchten wir gerade in der energiepolitischen Debatte mehr wissenschaftlichen Input. Fehlt den deutschen Wissenschaftlern das Interesse an Fragestellungen, die für die Praxis relevant sind? Bei vielen Ökonomen herrscht noch immer die Vorstellung, dass man sich erst einmal eine Theorie basteln muss, um dann zu prüfen, ob sie der Realität Stand hält. Ich glaube, Ökonomen sollten auch den umgekehrten Weg gehen und versuchen, ihre Ideen für Theorien stärker aus der Praxis und durch die genaue Beobachtung der Realität abzuleiten. Gelingt dies den Forschern in anderen Ländern besser?

Ja, zum Beispiel in Amerika. Dort nehmen die führenden Theoretiker ausführlich zu wirtschaftspolitischen Fragen Stellung - auch wenn sie nicht exakt den eigenen Forschungsbereich betreffen. So äußern sich dort zum Beispiel Nobelpreisträger zu den Kosten des Irak-Kriegs. Diese Verbindung von theoretischer Forschung und wirtschaftspolitischer Analyse ist in Deutschland vergleichsweise schwach ausgeprägt. Woran liegt das?

Ein Grund mag sein, dass es in Teilen der deutschen Ökonomenzunft als unwissenschaftlich gilt, sich in die wirtschaftspolitische Debatte einzumischen und die Politiker zu beraten. Über Ökonomen, die das trotzdem tun, rümpfen Kollegen zuweilen die Nase. Hinzu kommt, dass die Nachfrage der Politik nach wirtschaftswissenschaftlich seriöser Beratung in Deutschland geringer ist als in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn sich deutsche Ökonomen in der Vergangenheit wirtschaftspolitisch zu Wort meldeten, geschah dies traditionell meist auf Basis ordnungspolitischer Überlegungen. ...was die jüngeren Ökonomen heute aber kaum pflegen.

Ja, die jüngeren Ökonomen denken nicht mehr in den tradierten ordnungspolitischen Kategorien wie ihre Vorgängergeneration an den Lehrstühlen. Ich kenne kaum einen, der sich als neoliberal oder als Keynesianer bezeichnen würde. Diese Klassifikationen sind zunehmend obsolet

geworden. Die jungen Ökonomen haben keine vorgefassten ideologisch verbrämten

Was ist der Grund für den Siegeszug der Mathematik?



Meinungen mehr. Stattdessen versuchen sie, für konkrete wirtschaftliche Problemstellungen möglichst gute Lösungen zu finden. Sie verstehen sich nicht als ideologische Vorkämpfer, sondern als anwendungsorientierte Ingenieure. Dann ist die traditionelle Ordnungspolitik also tot? In der öffentlichen Politikdebatte spielt sie noch immer eine Rolle. Aber die Wirtschaftswissenschaft löst sich zunehmend davon - wohl auch, weil sich zeigt, dass Märkte nicht immer zu optimalen Ergebnissen führen. Ob ein Markt funktioniert, hängt von seiner konkreten Organisation, seinen Regeln und Institutionen ab. Der uneingeschränkte Glaube an den Markt, der die ordnungspolitischen Haudegen der alten Schule prägte, ist bei den jüngeren Ökonomen erschüttert. Dafür scheint der Glaube an die Problemlösungsfähigkeit der Mathematik bei den jungen Ökonomen umso stärker ausgeprägt.

Da macht die Ökonomie keine Ausnahme. Auch in Naturwissenschaften wie der Chemie und der Biologie, die zunächst keine mathematischen Wissenschaften waren, hat sich die Mathematik im Laufe der Zeit durchgesetzt.

Die Mathematik ist eine gemeinsame Sprache für uns Forscher. Sie erleichtert das Verständnis komplizierter Sachverhalte und erlaubt uns eine interdisziplinäre Zusammenarbeit. Darüber hinaus können wir mithilfe der Mathematik klare Hypothesen formulieren und diese anschließend quantitativ-empirisch überprüfen. Zudem zwingt die Mathematik die Ökonomen, die Annahmen offen zu legen, die ihren Theorien zu Grunde liegen. Nur so lässt sich vernünftig über ökonomische Zusammenhänge diskutieren. Zuweilen hat man aber eher das Gefühl, die Mathematik sei für viele Ökonomen Selbstzweck geworden. Das kann ich nicht vollständig ausschließen. Problematischer erscheint mir jedoch, dass Ökonomen dazu neigen, nur diejenigen wirtschaftlichen Probleme zu untersuchen, bei denen die Mathematik Lösungen liefert. Häufig ist die Realität jedoch so komplex, dass sie sich mit einfachen mathematischen Modellen nicht mehr abbilden lässt. Und dann werden vereinfachende Annahmen getroffen, mit denen sich die Wirtschaftsforscher immer weiter von der Realität entfernen.

Ja, wie zum Beispiel die Annahme, die Menschen verhielten sich immer rational und

Ockenfels, 37, ist neben Nobelpreisträger Reinhard selten Deutschlands bekanntester experimenteller Wirtschaftsforscher. Ockenfels hat in Bonn studiert und in Magdeburg promoviert. Seit 2003 ist er Professor an der Uni in Köln und leitet dort das energiewirtschaftliche Institut.

maximierten ihren Nutzen. Das vereinfacht die Dinge ungemein, deshalb ist diese Annahme so populär. Aber sie ist manchmal keine hilfreiche Annäherung an die Realität. Deshalb müssen wir Modelle entwickeln, die berücksichtigen, dass sich die Menschen nur in Grenzen rational verhalten. Das sollten aber durchaus mathematische Modelle sein. Man muss eben innovativ mit der Mathematik umgehen und darf sich nicht von ihr leiten lassen, sondern von interessanten ökonomischen Phänomenen. **Dadurch werden die Modelle aber immer komplizierter, für Außenstehende kaum noch verständlich und so weniger relevant für die Praxis.**

Die Modelle werden zwar komplizierter. Aber man muss ja nicht die Mathematik im Detail verstehen, um die wirtschaftspolitischen Konsequenzen nachvollziehen zu können.

Die Volkswirtschaftslehre verabschiedet sich also mit der Mathematik nicht in die Esoterik?

Nein, im Gegenteil. Auch wenn es Auswüchse der Mathematisierung gibt: Die Theorie entwickelt sich so, dass man sie immer besser anwenden kann. Damit meine ich vor allem die Spieltheorie. Erst durch sie haben wir gelernt, wie Institutionen und Regeln sich auf die wirtschaftlichen Ergebnisse auswirken. **Die Leibniz-Gemeinschaft, die die Leistung der Wirtschaftsforschungsinstitute beurteilt, drängt diese verstärkt in Richtung Spitzenforschung. Droht die Forschung an den Universitäten dadurch zurückgedrängt zu werden?**

Ja, diese Gefahr besteht, und das ist keine gute Entwicklung. Die Universitäten in Deutschland werden immer mehr zu reinen Lehrbetrieben degradiert und die Forschung in die außeruniversitären Institute verdrängt. Das ist ein Fehler, denn Forschung und Lehre können sich gegenseitig befruchten. **Aber Sie haben sich doch selbst gerade aus der Lehre an der Uni Köln freigekauft und forschen nur noch, wie passt das zusammen?**

Das ist mir auch nicht leicht gefallen. Ich lehre gerne. Aber an deutschen Universitäten ist der Umfang des Lehrauftrags für Professoren nicht verhandelbar. Jeder muss gleich viel lehren, egal, ob er Spitzenforschung leistet oder nicht. Dazu kommen noch die universitären Verwaltungsaufgaben, die Professoren heutzutage bewältigen müssen. Da bleiben für die Forschung oft nur noch die Abende und die Wochenenden. Als ich die Wahl hatte, das volle Lehrdeputat von neun Wochenstunden weiterzumachen oder die Lehrverpflichtung für eine begrenzte Zeit ganz aufzugeben, um mich der Forschung zu widmen, habe ich mich für das Letztere entschieden.

Sind die Universitäten in anderen Ländern flexibler?

Zum Teil. In Amerika kann man aushandeln, wie viel man lehrt. Aber auch in einigen europäischen Nachbarländern ist es oft so, dass gute Forscher mehr forschen und gute Lehrer mehr lehren. Ein bisschen mehr Flexibilität und etwas weniger Bürokratie kann auch in den Universitäten Wunder wirken. ■

malte.fischer@wiwo.de, rolfackemann